Michael C. Desch:

Democracy and Victory – Why Regime Type Hardly Matters

International Security, Band 27, Nr. 2 (2002), S. 5–47

David A. Lake:

Fair Fights? Evaluating Theories of Democracy and Victory

International Security, Band 28, Nr. 1 (2003), *S.* 154–167

Ajin Choi:

The Power of Democratic Cooperation

International Security, Band 28, Nr. 1 (2003), S. 142–153

Zusammenfassung einer in "International Security" geführten Debatte über den Zusammenhang zwischen Regimetypus und militärischen Erfolgschancen.

Die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen der Verfasstheit von Staaten und militärischen Erfolgen gibt, ist schon so alt wie die politische Philosophie selbst, hatte doch bereits der griechische General Thukydides in seinem "Peleponnesischen Krieg" die schließlich zur Niederlage führende Benachteiligung der Armee des demokratisch organisierten Athen gegenüber den Truppen des autokratisch geführten Sparta als immanente Systemschwäche erkannt.

Im Gegensatz zu früheren Erwägungen, die zuerst eine Benachteiligung, später dann einen Vorteil demokratischer Regime gegenüber autoritären Gegnern vermuteten, geht Michael C. Desch davon aus, dass der Regimetypus a priori keine relevante Auswirkung auf den Erfolg oder Misserfolg einer militärischen Aktion eines Staates hat. Desch stellt dadurch die Ergebnisse einiger seiner Kollegen in Frage, die sich daraufhin zurückmeldeten, um ihre Sicht der Dinge zu verteidigen, selbstverständlich meistens mit der Bestätigung des Ergebnisses, dass Demokratien zu besonders effizienter Kriegsführung befähigt seien.

Desch will sich sowohl vom älteren "demokratischen Defätismus" als auch vom später beliebten "demokratischen Triumphalismus" distanzieren. Er erstellt eine empirische Studie, die nach Wegnahme sämtlicher "Biases" (wissenschaftlicher Verzerrungsfaktoren) zu dem Schluss gelangt, dass der Unterschied zwischen Sieg und Niederlage nicht mit dem Regimetypus in Verbindung zu bringen ist. Eher andere Voraussetzungen wie insbesondere die Verfügbarkeit und schnelle Abrufbarkeit militärischer Ressourcen, die Art und das Ziel des Konfliktes, die interne Stabilität eines Landes oder das Vorhandensein eines starken Nationalismus seien signifikante Faktoren für den Sieg in einem Konflikt. Diese Faktoren können aber selbstverständlich sowohl bei Demokratien als auch bei nicht demokratisch legitimierten Regimen zum Tragen kommen.

Desch will primär die Argumente der "demokratischen Triumphalisten" entkräften, da deren Ansichten im Gegensatz zur älteren Sicht der "demokratischen Defätisten" von vielen Forschern in letzter Zeit als "State of the Art" angesehen wurden. Dazu versucht er, das von den Triumphalisten aufbereitete empirische Material kritisch zu hinterfragen und kommt zu dem Schluss, dass essentielle Fakten falsch zugeordnet oder subjektiv interpretiert wurden.

Er kritisiert das vorhandene Zahlenmaterial, und dabei besonders die von Lake 1992 verwendete "Correlates Of War"-Datenreihe (COW), bei der 75 Kriege seit 1815 zur empirischen Untersuchung und Gegenüberstellung herangezogen wurden. In "Powerful Pacifists: Democratic States and War" (American Political

Science Review, März 1992) ermittelte Lake eine 82-prozentige Überlegenheit demokratischer Regime in Kriegen gegen autoritäre Gegner.

Desch sieht in vier substanziellen Punkten logische Fehler in dieser und in anderen Studien, die einen Zusammenhang zwischen Demokratisierung und militärischen Erfolgen herstellen: Erstens kritisiert er, dass viele Kriege irreführende Weise zusammengefasst wurden, die man sinnvollerweise einzeln untersuchen hätte müssen. Die Periode des Zweiten Weltkrieges etwa trennt Desch zur genaueren Analyse in mehrere Einzelkriege wie etwa den Krieg um Frankreich (1940), den europäischen Krieg (1941-45) oder den pazifischen Krieg (1941-45). Durch die irreführende Zusammenlegung solcher Einzelkriege kommt es laut Desch zu Verzerrungen des Datenmaterials, die in mindestens zwei Fällen zu falschen Zuordnungen geführt haben.

Zweitens kritisiert Desch, dass in Fällen von Koalitionen aus Demokratien und Nicht-Demokratien gegen andere nicht demokratische Regime die Siege in der Statistik zur Gänze den Demokratien angerechnet wurden, die siegreiche Beteiligung der autoritären Regimes aber außer Acht gelassen wurde. Als Paradebeispiel führt er die Beteiligung der autoritär geführten Sowjetunion im Kampf gegen das Dritte Reich an, die zweifellos einen Löwenanteil am Erfolg der Alliierten für sich verbuchen kann. Auf diese Art wurden sechs Siege ungerechtfertigter Weise Demokratien angerechnet.

Als dritte Fehlerquelle erkennt Desch die Gegenüberstellung von ungleichen Gegnern. Bei eindeutiger militärischer Überlegenheit einer Seite, beispielsweise an Kriegsmaterial oder Anzahl der Soldaten, macht es naheliegender Weise kaum Sinn, verfassungsrechtliche Gegebenheiten als Argument anzuführen. So seien 24 der im ursprünglichen Index angeführten Kriege unfaire Gegenüberstellungen.

Schließlich filtert er noch jene Kriege heraus, bei denen die Zielsetzungen derart asymmetrisch sind, dass man einen Erfolg nicht auf den Regimetypus, sondern viel mehr auf die Erreichung spezieller Interessen zurückführen kann. Vier Kriege scheiden durch asymmetrische Kriegsziele aus. Von asymmetrischen Zielen kann man etwa dann sprechen, wenn eine Seite ungleich mehr zu verlieren hat als die andere. (Man bedenke etwa den Unterschied in der Motivation zwischen einem Angriffskrieg und einem Verteidigungskampf.) Auch den von Lake behaupteten "Selections Effect", der besagt, dass Demokratien aus Angst vor einer Niederlage und einer damit verbundenen Verminderung der Lebensqualität ihre Kriege besser auswählen und nur kämpfen, wenn der Sieg höchst wahrscheinlich ist, lässt Desch mangels entsprechender Beweise nicht gelten.

Unter Ausschluss aller falsch den Demokratien zugeordneten Siegen bleiben laut Desch lediglich neun "fair fights", von denen sechs die Demokratien für sich entscheiden konnten, woraus sich eine weit weniger signifikante positive Korrelation von 67 Prozent zwischen Sieg und Demokratie ergibt. Unter Berücksichtigung weiterer Fälle, bei denen Staaten intervenieren, die ihren Demokratisierungsprozess noch nicht abgeschlossen haben, revidiert er diesen Wert noch weiter nach unten auf 57 Prozent, womit Desch die Ergebnisse seiner "demokratisch triumphalistischen" Kollegen schon aufgrund des mangelhaften empirischen Materials ad absurdum führt. Desch unterstützt seine Aussagen noch durch die Verwendung von eigenem Datenmaterial, das sich aus der bereinigten COW-Reihe und dem Splitting der Großkriege in einzelne Konflikte ergibt. So kommt Desch schließlich auf eine Datenreihe mit 34 Beobachtungen, die in Summe keinen eindeutigen Zusammenhang erkennen lassen. "In sum, regime type hardly matters."

In seiner Antwort spart auch David A. Lake nicht mit Kritik an Desch. Zuerst bemängelt Lake die geringe Zahl an Testfällen. Lake kritisiert, dass die 34 von Desch anerkannten Beobachtungen einfach eine zu geringe Repräsentativität besitzen. In weiterer Folge wirft er Desch die Vermischung verschiedener Annahmen und Forschungsdesigns sowie insbesondeirrtümliche Verwendung deterministischen probabilistischen anstatt Hypothesen vor. (Eine deterministische Hypothese stellt beispielsweise eine Kausalbeziehung zwischen militärischem Potenzial und Siegeswahrscheinlichkeit her. Wenn also die Verteilung zwischen A und B 2:1 steht, wäre die deterministische Hypothese, dass A ungeachtet verschiedenster anderer Faktoren den Krieg gewinnen muss. Die probabilistische Hypothese hingegen unterstellt eine Wahrscheinlichkeit, die unter Einbeziehung anderer Faktoren steigen oder sinken kann.) Dass Desch beispielsweise die Konflikte mit asymmetrischen Zielsetzungen aus seinem Datenmaterial heraus nimmt und den "Selections Effect" negiert, ist für Lake eine implizite Verwendung des eindeutig für die Materie zu kurz greifenden deterministischen Modells auf der Grundlage quantitativer Zahlenspiele.

Dementsprechend stützt sich Lake in weiterer Folge hauptsächlich auf qualitative Hypothesen, um seine ursprüngliche Studie zu verteidigen. Zwei Argumente stehen im Zentrum seiner Überlegungen: Erstens vermutet er, dass Menschen aus Demokratien deshalb härter kämpfen, weil sie ihren erworbenen hohen Lebensstandard und die Annehmlichkeiten, die ein freies Regime mit sich bringt, verteidigen wollen, während die Soldaten der Autokratien, denen durch Ausbeutung und Unterdrückung die Liebe und Loyalität zu ihrem Land genommen wurde, sich von einem gewonnenen Krieg kaum Vorteile für ihre Existenz versprechen. Restriktive Maßnahmen mögen ausreichen, um in Normalzeiten die Menschen anzutreiben, in Krisenzeiten wie Kriegsperioden haben sich eine gute Motivation und eine positive Einstellung als bessere Mittel zur Leistungssteigerung erwiesen. Lake geht außerdem davon aus, dass Demokratien einen höheren wirtschaftlichen Output haben, der natürlich dazu beiträgt, dass sie sich durch materielle Überlegenheit auch einen Vorteil im Kriegsfall verschaffen können.

Beide Faktoren werden als das Konzept der "Demokratischen Effizienz" bezeichnet.

Eine zweite damit verbundene Hypothese Lakes ist, dass demokratische Staaten sich systematisch miteinander verbünden, wenn die "dunkle Gefahr" einer Bedrohung durch eine Diktatur entsteht, weil die Abwendung dieser Bedrohung allerhöchste Priorität hat, da bei einer entscheidenden Niederlage, insbesondere im Fall einer Besetzung, nicht nur die Bereiche der Politik berührt werden, sondern der gesamte "Way of Life" der Bevölkerung auf dem Spiel steht. Dementsprechend will Lake den vorher erwähnten dritten Kritikpunkt Deschs entkräften, indem er auf dem Standpunkt beharrt, dass die Formierung starker demokratischer Koalitionen im Kriegsfall sowie auch das Vorhandensein einer höheren "demokratischen Effizienz" als systematischer Prozess bei kriegerischen Auseinandersetzungen zu sehen ist und deshalb keinesfalls als statistischer Fehler gewertet werden darf. Selbstverständlich müssen solche systematisch auftretenden Faktoren als Fixpunkte in die Analyse einbezogen werden, da sonst das wissenschaftliche Ergebnis unvollständig oder im Sinne der oben beschriebenen deterministischen Verzerrung gar verfälscht sein kann. Lake gibt also die Kritik an seiner Vorgangsweise nach Umkehrung der Prämissen an Desch zurück.

Ajin Choi widmet sich in seinem Artikel genauer dem Phänomen der "Power of Democratic Cooperation" und knüpft daher auch an der oben beschriebenen Theorie an. Er will sich dabei weniger in die Debatte einschalten, ob demokratische Staaten im Konfliktfall einen Vorteil haben, sondern beschäftigt sich eingehend mit der Frage, ob Demokratien effizientere Allianzen bilden als nicht demokratische Staaten.

Der erste Grund, warum Demokratien bessere Allianzen gründen, ist laut Choi die höhere Zuverlässigkeit solcher vertraglich gebundener Partner. Während nicht demokratische Regime einen Pakt oft genauso schnell wieder aufkün-

digen wie sie ihn begründet haben, halten sich Demokratien generell stärker an solche Zusagen, sogar wenn die Dinge sich schlechter entwickeln als erhofft. Den Grund dafür sieht Choi in der Existenz so genannter "Veto Players" wie etwa der nationalen Parlamente oder der öffentlichen Meinung, die einen versuchten einseitigen Rückzieher der politischen Hauptentscheidungsträger meistens verhindern. In einer Autokratie gibt es keine derartigen Regulative, und daher zerfallen solche Bündnisse oft, wenn sich ein Autokrat vom Rückzug aus einer Allianz einen Vorteil verspricht.

In einer zweiten Phase versucht Choi anhand eines eigenen statistischen Verfahrens, bei dem er die diversen Kriege in einem speziellen Umgewichtungsverfahren neu bewertet, quantitativ zu belegen, dass die Siegeswahrscheinlichkeit eines Landes um so mehr steigt, je mehr demokratische Verbündete es hat. Umgekehrt soll das mathematische Verfahren auch beweisen, dass diese Wahrscheinlichkeit sinkt, je mehr nicht-demokratische Verbündete das Land hat. Es gibt also laut Choi in einem Fall eine positive, im anderen Fall eine eindeutig negative Korrelazwischen Demokratie oder Nicht-Demokratie und Erfolg.

In einem dritten Schritt will Choi seine Ausführungen mit empirischem historischem Beweismaterial belegen, wobei er vor allem die mangelhafte Zusammenarbeit im Zweiten Weltkrieg zwischen Briten und US-Amerikanern auf der einen Seite und Sowjets auf der anderen Seite erwähnt.

Choi kommt daher zu dem Schluss, dass Demokratie, Kooperation und Performance direkt zusammenhängen, was er zum einen auf das Misstrauen gegenüber nicht demokratischen Partnern und den Mangel an Transparenz der Entscheidungen von Nicht-Demokratien zurückführt, zum anderen auf die außergewöhnliche Zuverlässigkeit strategischer Partnerschaften zwischen Demokratien.

Obwohl diese drei Texte verschiedene Ansätze haben und für sich beanspruchen, einen Teil der Tatsachen visualisiert zu haben, bieten sie nach der Meinung des Rezensenten keine klare Antwort auf die Frage, ob Demokratien effizienter Krieg führen, da sie vorhandenes Zahlenmaterial oder vermeintlich eindeutige Fakten sehr unterschiedlich interpretieren. Die Argumente des jeweiligen Autors, mit denen er die Ansichten seiner Kollegen in Frage stellen will, scheinen oft plausibler als diejenigen, mit denen dann die eigene Theorie untermauert werden soll. Ein schlagendes Argument ist nach dem derzeitigen Stand der Forschung wohl noch nicht gefunden, und eindeutige Aussagen scheinen in diesem Zusammenhang schwierig zu sein.

Es ist zwar plausibel, dass Demokratien verlässlichere Partnerschaften bilden, ob sich daraus aber bereits ein eindeutiger Vorteil ableiten lässt, ist fraglich. Bei einer derartigen Vielzahl an ausschlaggebenden Faktoren, wie sie in einem Krieg zusammentreffen, kommt es wohl eher auf ein feingesteuertes Zusammenspiel verschiedener Zufälle und beeinflussbarer Elemente an als auf den Einfluss der Demokratie. Beinahe seltsam mutet auch an, dass keiner der drei Wissenschafter die Frage nach der Qualität der Entscheidungen eines Generalstabs mit einbezieht. Wahrscheinlich ist der Unterschied zwischen einer guten Entscheidung und einer Fehlentscheidung auf höchster Befehlsebene relevanter als alle oben aufgezählten Faktoren.

Philip Primer